



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Beschluss-Protokoll

der 31. und 32. Sitzung, Amtsjahr 2012-2013

Mittwoch, den 9. Januar 2013, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Daniel Goepfert, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin a.i.

Abwesende:

9. Januar 2013, 09:00 Uhr
31. Sitzung *Beat Fischer (EVP/DSP), Salome Hofer (SP), Roland Lindner (SVP),
Greta Schindler (SP), Mehmet Turan (SP), Emmanuel Ullmann (GLP).*

9. Januar 2013, 15:00 Uhr
32. Sitzung *Andreas Albrecht (LDP), Baschi Dürr (FDP), Sebastian Frehner (SVP),
Salome Hofer (SP), Markus Lehmann (CVP), Roland Lindner (SVP),
Greta Schindler (SP), Emmanuel Ullmann (GLP),
Patricia von Falkenstein (LDP).*

Verhandlungsgegenstände:

- | | | |
|-----|---|----|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung | 3 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte | 4 |
| 3. | Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 12.0788.01
Rahmenausgabenbewilligung zur weiteren Umsetzung von Tempo 30. Projektierung und
Umsetzung von Massnahmen aus dem aktualisierten Tempo 30-Konzept sowie Bericht zu zehn
Anzügen und zu zwei Petitionen sowie Bericht der Kommissionsminderheit | 5 |
| 4. | Ratschlag Reinacherstrasse Süd, Abschnitt Jakobsbergerholzweg bis Giornicostrasse. Neue
Fahrbahnaufteilung mit beidseitigen Velowegen und Baumstandortverbesserungen im Zuge
dringend anstehender Sanierungsarbeiten | 12 |
| 5. | Ausgabenbericht Subvention an den Erlen-Verein, Tierpark Lange Erlen 2012 bis 2015 | 14 |
| 27. | Neue Interpellationen. | 15 |
| 6. | Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Nr. 12.1242.01 betreffend
Hochschulareal St. Johann "Campus Schällemätteli" (Geviert zwischen Schanzen-, Spital-,
Pestalozzi- und Klingelbergstrasse) | 17 |

7.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Nr. 12.0435.01 betreffend Vorderer Jakobsberg: Aufhebung der Speziellen Bauvorschriften Nr. 149 und Neufestsetzung Bebauungsplan sowie Bericht zu einer Motion	18
8.	Ratschlag betreffend 7. Rahmenausgabenbewilligung für Staatsbeiträge in den Jahren 2013 - 2017 gemäss Gesetz über den Denkmalschutz vom 20. März 1980	19
9.	Ratschlag Rahmenausgabenbewilligung für die Projektierung und Erstellung von Fotovoltaikanlagen auf Gebäuden im Verwaltungsvermögen des Kantons Basel-Stadt	20
10.	Ratschlag 2000-Watt-Gesellschaft - Pilotregion Basel 2013 - 2016 "Praxislabor der Nachhaltigkeitsforschung". Beiträge an Pilot- und Demonstrationsprojekte in den Bereichen Bauen, erneuerbare Energien und Fahrzeuge	23
11.	Bericht der Finanzkommission zum Jahresbericht 2011 der ProRhenon AG	24
12.	Ratschlag Bewilligung von Subventionen an den Zoo Basel (Zoologischer Garten Basel AG) für die Jahre 2013 - 2016	26
13.	Ratschlag Subventionen an den Verein Kulturwerkstatt Kaserne für die Jahre 2013 - 2016	27
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	29
	Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen)	33
	Anhang C: Neue Vorstösse	37

Beginn der 31. Sitzung

Mittwoch, 9. Januar 2013, 09:00 Uhr

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie ganz herzlich zur heutigen Sitzung und wünsche all denen, die ich nicht schon gesehen habe an unserem Neujahrsapéro gestern im Historischen Museum ein gutes neues Jahr.

Ich darf Ihnen die Musiker des diesjährigen Neujahrskonzerts vorstellen.

Ich freue mich auf die zwei Jazz-Musiker Adrian Mears (Posaune) und Domenic Landolf (Bassklarinette). Mears und Landolf sind beide seit 12 Jahren an der Hochschule für Musik in der Abteilung Jazz als Lehrer tätig und sind somit auch mit dafür verantwortlich, dass die Schule im Ruf steht, einige der besten jungen Schweizer Musiker hervorgebracht zu haben. Ihre eigene kreative Zusammenarbeit wächst seit 15 Jahren beständig durch gemeinsame Auftritte in mehreren Formationen.

Ihr heutiges Repertoire dient als improvisierte Verbindung, um die feine Balance zwischen Intuition und Logik zu definieren. Das sind übrigens ihre Worte und nicht meine - Sie werden es gemerkt haben.

Neujahrskonzert

1. Stompin; von Adrian Mears
2. Darn That Dream; von Jimmy van Heuesen
3. Mysterioso; von Thelonius Monk

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: Ganz herzlichen Dank an Adrian Mears und an Domenic Landolf für die musikalische Einstimmung! [*herzlicher Applaus*]

Ich habe dazu noch einen kleinen Wunsch, nämlich dass wir in der Politik uns ein Vorbild nehmen an der Beschwingtheit und am Tempo dieser Musik [*Heiterkeit*].

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[09.01.13 09:19:40, MGT]

Mitteilungen

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie nochmals zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Neue Interpellationen

Es sind zehn neue Interpellationen eingegangen.

Interpellation 118 wird mündlich beantwortet, die übrigen schriftlich.

Buch Roland Vögtli

Unser Ratskollege Roland Vögtli hat ein Buch verfasst und stellt dieses den Mitgliedern des Grossen Rates zur Verfügung. Die Bücher liegen im Vorzimmer auf. Wir danken Roland Vögtli für diese freundliche Geste.

Tagesordnung

Beim Versand der sechs Berichte der Petitionskommission (Traktanden 21 bis 26) wurde die Frist von drei Wochen gemäss § 20 AB knapp nicht eingehalten. Der Grosse Rat hat deshalb mit Zweidrittelmehr die Traktandierung dieser sechs Geschäfte zu genehmigen.

Abstimmung

Wer der dringlichen Traktandierung zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 201, 09.01.13 09:21:08]

Der Grosse Rat beschliesst

die dringliche Behandlung der sechs Berichte der Petitionskommission (Traktanden 21 bis 26).

Christian Egeler (FDP): beantragt namens der Fraktion FDP Absetzung des Geschäftes Nr. 3 (Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 12.0788.01 Rahmenausgabenbewilligung zur weiteren Umsetzung von Tempo 30. Projektierung und Umsetzung von Massnahmen aus dem aktualisierten Tempo 30-Konzept sowie Bericht zu zehn Anzügen und zu zwei Petitionen sowie Bericht der Kommissionsminderheit).

Voten: *Jörg Vitelli (SP)*

Abstimmung

JA heisst: Absetzen von Geschäft Nr.3, NEIN nicht absetzen.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 47 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 202, 09.01.13 09:25:33]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion FDP **abzulehnen**.

Geschäft Nr. 3 wird nicht abgesetzt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Tagesordnung zu genehmigen**.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[09.01.13 09:25:52, ENG]

Christophe Haller (FDP): **verlangt** gemäss § 37 Abs. 5 AB, das Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitte Heilbronner und Konsorten betreffend Parkplatzbewirtschaftung Motorräder und Motorroller (08.5349.04, Ziffer 46 des Geschäftsverzeichnisses) **dem Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung zu überweisen.**

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: Das Schreiben 08.5349.04 wird im Februar 2013 auf die Tagesordnung gesetzt.

Zuweisungen

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) **zu genehmigen.**

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Helen Schai-Zigerlig und Konsorten betreffend Öffnung der Kornhausgasse und Cityring-Querung für Velos (stehen lassen) (BVD, 10.5290.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Befahren der Spalenvorstadt für Fahrradfahrer stadteinwärts (stehen lassen) (BVD, 08.5297.03)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ernst Jost und Konsorten betreffend versenkbare Pfosten (stehen lassen) (BVD, 05.8309.05)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Baschi Dürr betreffend Situation privater Höherer Fachschulen (ED, 12.5230.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend die Lärmschutzmassnahmen entlang der Osttangente (stehen lassen) (WSU, 10.5242.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Andrea Bollinger betreffend versuchsweiser Einsatz von LED-Strassenbeleuchtung (WSU, 12.5243.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Peter Howald und Konsorten betreffend Abfallbewirtschaftung im Stadion nach der Euro 08 (stehen lassen) (WSU, 08.5161.03)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Verzicht auf die Erhöhung der Staumauer der Grimsel-Kraftwerke (Projekt KWO plus) (stehen lassen) (WSU, 05.8239.04)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Thomas Mall betreffend Zweckentfremdung von Einnahmen von stationären Patienten (GD, 12.5241.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Thomas Mall betreffend Basler Fähren (JSD, 12.5242.02)

3. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 12.0788.01 Rahmenausgabenbewilligung zur weiteren Umsetzung von Tempo 30. Projektierung und Umsetzung von Massnahmen aus dem aktualisierten Tempo 30-Konzept sowie Bericht zu zehn Anzügen und zu zwei Petitionen sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[09.01.13 09:26:58, UVEK, BVD, 12.0788.02 09.5353.03 11.5306.03 08.5155.04 05.8483.05 09.5317.03 08.5205.04 09.5117.04 04.7817.07 07.5157.04 07.5188.05 12.5213.02 12.5189.02, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 12.0788.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Die Mehrheit der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt CHF 3'000'000 zu bewilligen.

Die Minderheit beantragt einen geänderten Beschluss.

Voten: *Michael Wüthrich, Mehrheitsreferent der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; Heiner Vischer, Minderheitsreferent der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Fraktionsvoten

Toni Casagrande (SVP): beantragt Nichteintreten.

Voten: *Christian Egeler (FDP); Aeneas Wanner (GLP); Mirjam Ballmer (GB); Jörg Vitelli (SP); Christoph Wydler (EVP/DSP); Remo Gallacchi (CVP); Thomas Mall (LDP)*

Einzelvoten

Voten: *Patrick Hafner (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Jürg Stöcklin (GB); Patrick Hafner (SVP)*

Voten: *Christian Egeler (FDP); Urs Schweizer (FDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Brigitta Gerber (GB); Urs Schweizer (FDP)*

Voten: *Francisca Schiess (SP); Beatrice Alder Finzen (GB); Brigitte Heilbronner-Uehlinger (SP); André Auderset (LDP); Peter Bochsler (EVP/DSP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Zwischenfrage

Voten: *Patrick Hafner (SVP); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Voten: *Heiner Vischer, Minderheitsreferent der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; Michael Wüthrich, Mehrheitsreferent der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Zwischenfrage

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP); Michael Wüthrich, Mehrheitsreferent der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Abstimmung

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten.

Ergebnis der Abstimmung

61 Ja, 28 Nein, 2 Enthaltungen. [*Abstimmung # 203, 09.01.13 11:09:15*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Rahmenausgabenbewilligung

Ziffer 2, Leitsätze

Antrag

Die Kommissionsminderheit beantragt, auf Ziffer 2 zu verzichten.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zur Kommissionsmehrheit (Ziffer 2 im Beschluss belassen)

NEIN heisst Zustimmung zur Kommissionsminderheit (Ziffer 2 streichen)

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltung. [*Abstimmung # 204, 09.01.13 11:10:32*]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der **Kommissionsmehrheit zuzustimmen**.

Ziffer 2 wird im Beschluss belassen.

Detailberatung

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommissionsmehrheit, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommissionsmehrheit.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 205, 09.01.13 11:11:25]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Der Grosse Rat bewilligt für die Umsetzung des Tempo 30-Konzepts in Basel eine „Rahmenausgabenbewilligung zur weiteren Umsetzung von Tempo 30“ in der Höhe von insgesamt CHF 3'000'000 für die Jahre 2013 - 2017 (ungefähre Jahrestanchen: 2013: CHF 400'000; 2014: CHF 600'000; 2015: CHF 600'000; 2016: CHF 700'000; 2017: CHF 700'000) (Investitionsbereich 1 „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“, Pos. 617010020030 Tiefbauamt.)

2. Die Leitsätze der Mehrheit der UVEK dienen als Grundlage für die Umsetzung des Tempo 30-Konzepts. Der Regierungsrat prüft die im Bericht der Kommissionsmehrheit aufgeführten verkehrsorientierten Strassen betreffend Einführung von Tempo 30.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: Wir kommen nun zum weiteren Schicksal von zehn Anzügen und zwei Petitionen.

Allfällige Abstimmungen werden wir immer nach dem gleichen Schema durchführen: JA heisst Stehen lassen, NEIN heisst abschreiben.

Anzug Lukas Engelberger und Konsorten betreffend Verbesserung der Verkehrssicherheit bei Schulhäusern und Kindergärten (09.5353.03)

Kommissionsmehrheit und -Minderheit beantragen Abschreibung.

Dominique König-Lüdin (SP): beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Zwischenfrage

Voten: *Dominique König-Lüdin (SP); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Voten: *Heiner Vischer, Minderheitsreferent der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; Michael Wüthrich, Mehrheitsreferent der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Abstimmung

Anzug Lukas Engelberger und Konsorten betreffend Verbesserung der Verkehrssicherheit bei Schulhäusern und Kindergärten (09.5353.03)

JA heisst Stehen lassen, NEIN heisst abschreiben

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 42 Nein. [Abstimmung # 206, 09.01.13 11:18:29]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 09.5353 **stehen zu lassen.**

Anzug Brigitte Heilbronner und Konsorten betreffend Tempo 30 in der ganzen Stadt Basel während der Nacht (11.5306.03)

Die Kommissionsmehrheit beantragt Stehen Lassen, die Minderheit beantragt Abschreibung.

Abstimmung

Anzug Brigitte Heilbronner und Konsorten betreffend Tempo 30 in der ganzen Stadt Basel während der Nacht (11.5306.03)

JA heisst Stehen lassen, NEIN heisst abschreiben

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 44 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 207, 09.01.13 11:19:36]

Der Grosse Rat beschliesst

mit dem Stichentscheid des Präsidenten

den Anzug 11.5306 **stehen zu lassen.**

Anzug Sabine Suter und Konsorten betreffend durchgehend Tempo 30 in der Allmendstrasse (08.5155.04)

Kommissionsmehrheit und -Minderheit beantragen Abschreibung.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 08.5155 **abzuschreiben.**

Der Anzug ist **erledigt.**

Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Tempo 30 in der Hammerstrasse und dem Claragraben (05.8483.05)

Kommissionsmehrheit und -Minderheit beantragen Abschreibung.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 05.8483 **abzuschreiben.**

Der Anzug ist **erledigt.**

Anzug der UVEK betreffend Tempo 30 in der Horburgstrasse (09.5317.03)

Kommissionsmehrheit und -Minderheit beantragen Abschreibung.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 09.5317 **abzuschreiben**.

Der Anzug ist **erledigt**.

Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Konsolidierung des Boulevard Güterstrasse mit Tempo 30 (08.5205.04)

Kommissionsmehrheit und -Minderheit beantragen Abschreibung.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 08.5205 **abzuschreiben**.

Der Anzug ist **erledigt**.

Anzug Sibylle Benz Hübner und Konsorten betreffend Tempo 30 in der Solothurnerstrasse und Velo-Gegenverkehr ab Dornacherstrasse (09.5117.04)

Kommissionsmehrheit und -Minderheit beantragen Abschreibung.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 09.5117 **abzuschreiben**.

Der Anzug ist **erledigt**.

Anzug Daniel Goepfert betreffend Tempo 30 in der Birmannsgasse (04.7817.07)

Die Kommissionsmehrheit beantragt Stehen lassen, die Minderheit beantragt Abschreibung.

Abstimmung

Anzug Daniel Goepfert betreffend Tempo 30 in der Birmannsgasse (04.7817.07)

JA heisst Stehen lassen, NEIN heisst abschreiben

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 42 Nein. [Abstimmung # 208, 09.01.13 11:22:18]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 04.7817 **stehen zu lassen**.

Anzug Eveline Rommerskirchen und Konsorten betreffend Reiterstrasse in die Tempo 30 Zone integrieren (07.5157.04)

Kommissionsmehrheit und -Minderheit beantragen Abschreibung.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 07.5157 **abzuschreiben**.

Der Anzug ist **erledigt**.

Anzug Beatriz Greuter und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen im Gundeli nach Eröffnung der Nordtangente (07.5188.05)

Kommissionsmehrheit und -Minderheit beantragen stehen lassen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 07.5188 **stehen zu lassen**.

Petition P300 "Tempo 30 im Gundeli - jetzt" (12.5213.02)

Kommissionsmehrheit und -Minderheit beantragen Überweisung an den RR zur abschliessenden Erledigung.

Bruno Jagher (SVP): beantragt Erledigterklärung der Petitionen P300 und P296.

Abstimmung

Petition P300 "Tempo 30 im Gundeli - jetzt" (12.5213.02)

JA heisst Überweisung an den RR zur abschliessenden Erledigung, NEIN heisst Erledigterklärung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 29 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 209, 09.01.13 11:24:42]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition P300 (12.5213) dem RR **zur abschliessenden Erledigung zu überweisen**.

Petition P296 "Für durchgehend Tempo 30 in der Austrasse" (12.5189.02)

Kommissionsmehrheit und -Minderheit beantragen Überweisung an den RR zur abschliessenden Erledigung.

Abstimmung

Petition P296 "Für durchgehend Tempo 30 in der Austrasse" (12.5189.02)

JA heisst Überweisung an den RR zur abschliessenden Erledigung, NEIN Erledigterklärung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 31 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 210, 09.01.13 11:25:59]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition P296 (12.5189) dem RR **zur abschliessenden Erledigung zu überweisen**.

4. Ratschlag Reinacherstrasse Süd, Abschnitt Jakobsbergerholzweg bis Giornicostrasse. Neue Fahrbahnaufteilung mit beidseitigen Velowegen und Baumstandortverbesserungen im Zuge dringend anstehender Sanierungsarbeiten

[09.01.13 11:26:41, UVEK, BVD, 12.1741.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 12.1741.01 einzutreten und Kredite in der Höhe von insgesamt CHF 4'100'000 zu bewilligen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Fraktionsvoten

Bruno Jagher (SVP): beantragt Nichteintreten.

Voten: *Thomas Grossenbacher (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Bruno Jagher (SVP); Thomas Grossenbacher (GB)*

Voten: *Brigitte Heilbronner-Uehlinger (SP)*

Christian Egeler (FDP): beantragt Rückweisung an die Kommission.

Voten: *Remo Gallacchi (CVP); Thomas Mall (LDP)*

Schlussvoten

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Zwischenfrage

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Abstimmung

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 20 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 211, 09.01.13 11:50:28]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Ratschlag **einzutreten**.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

32 Ja, 53 Nein. [*Abstimmung # 212, 09.01.13 11:51:24*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Rückweisungsantrag der Fraktion FDP **abzulehnen**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Alinea 1 und 2 werden zu Ziffer 1 und 2

Ziffer 1, Fahrbahnaufteilung und Baumstandortverbesserung

Antrag

Die Fraktion CVP beantragt folgende Änderung: Ziffer 1 lautet wie folgt:

CHF 900'000 für eine neue Fahrbahnaufteilung und Baumstandortverbesserung zu Lasten Investitionsbereich 1 „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“ (Position 6170.110.21086)

CHF 120'000 für Schaffung beidseitiger neuer Velowege zu Lasten des Rahmenkredit Langsamverkehr (Position 6618.100.20003)

Die Kommission beantragt folgende Fassung:

Der Regierungsrat und die Kommission beantragen folgende Fassung:

CHF 1'020'000 für eine neue Fahrbahnaufteilung und Baumstandortverbesserung zu Lasten Investitionsbereich 1 „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“ (Position 6170.110.21086).

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion CVP

NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

25 Ja, 55 Nein, 2 Enthaltungen. [*Abstimmung # 213, 09.01.13 11:52:34*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion CVP **abzulehnen**.

Detailberatung

Ziffer 2, gebundene Ausgaben zur Erhaltung der Strasse

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung des Antrags des Regierungsrates.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 23 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 214, 09.01.13 11:53:26]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Gesamtbetrag von CHF 4'100'000 für die Sanierung der Reinacherstrasse Süd inkl. neuer Fahrbahnaufteilung mit beidseitigen Velowegen und Baumstandortverbesserung wird bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- CHF 1'020'000 für eine neue Fahrbahnaufteilung und Baumstandortverbesserung zu Lasten Investitionsbereich 1 „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“ (Position 6170.110.21086).

- CHF 3'080'000 für die Erhaltung der Strasse gemäss dem heutigen Strassenstandard, zu Lasten Rahmenausgaben Erhaltung Infrastruktur Strassen (Position 6170.250.52000). Dieser gebundene Teil kann vom Regierungsrat auch dann realisiert werden, wenn der Grosse Rat und das Volk das Gesamtprojekt ablehnen würden.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

5. Ausgabenbericht Subvention an den Erlen-Verein, Tierpark Lange Erlen 2012 bis 2015

[09.01.13 11:53:39, UVEK, BVD, 12.1721.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 12.1721.01 einzutreten und dem Erlen-Verein Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 1'700'000 zu bewilligen.

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: Gemäss § 30 des Finanzhaushaltsgesetzes handelt es sich hier formell gesehen um einen Ratschlag und nicht um einen Ausgabenbericht, weil die Gesamthöhe der Ausgaben die Referendumsgrenze übersteigt. Die Staatskanzlei wurde von uns informiert. Wir behandeln das Geschäft trotzdem.

Voten: *Remo Gallacchi, Referent der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz (die Ziffer-Nummer wird weggelassen)

Publikation, und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 215, 09.01.13 11:57:09]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für Subventionen an den Erlen-Verein, Tierpark Lange Erlen, werden für die Jahre 2012 bis 2015 Ausgaben von CHF 1'700'000 (jährlich CHF 425'000), nicht indexiert, bewilligt.

- CHF 1'540'000 (jährlich CHF 385'000) für den allgemeinen Arealunterhalt und die Energie- und Wasserkosten (Pos. 6140,110 - 363.600, Auftrag 614,120,000,240 Bau- und Verkehrsdepartement / Stadtgärtnerei)
- CHF 160'000 (jährlich CHF 40'000) für die Instandhaltung der Tiergehege und Behausungen (Pos. 6510,200 - 363.600, Auftrag 6510,200,06002 Bau- und Verkehrsdepartement/Städtebau & Architektur)

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Schluss der 31. Sitzung

11:57 Uhr

Beginn der 32. Sitzung

Mittwoch, 9. Januar 2013, 15:00 Uhr

27. Neue Interpellationen.

[09.01.13 15:00:41]

Interpellation Nr. 118 Christian Egeler betreffend Asylwohnheim Mittlere Strasse

[09.01.13 15:00:41, WSU, 12.5352.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU); Christian Egeler (FDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 12.5352 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 119 Dominique König-Lüdin betreffend Ungereimtheiten in Zusammenhang mit der Messebaustelle

[09.01.13 15:08:42, WSU, 12.5360.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 120 Heidi Mück betreffend Massnahmen zur Verbesserung der Zustände auf Baustellen des Kantons oder mit kantonaler Beteiligung am Beispiel der Messebaustelle

[09.01.13 15:09:00, WSU, 12.5358.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 121 Toni Casagrande betreffend Sicherheit in Uni-Hörsälen

[09.01.13 15:09:21, ED, 12.5379.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 122 Roland Vögli betreffend Austausch 4 Jahre alter Küchengeräte in den 156 Wohnungen im Bäumlhof

[09.01.13 15:09:38, FD, 13.5001.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 123 Roland Engeler-Ohnemus betreffend Angebotsabbau auf der Buslinie 31 zum Friedhof Hörnli

[09.01.13 15:09:58, BVD, 13.5002.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Roland Engeler-Ohnemus (SP)*

Interpellation Nr. 124 Andreas Ungricht betreffend dem BVB-Anzeigen-Debakel

[09.01.13 15:13:04, BVD, 13.5003.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 125 Christoph Wydler betreffend der EuroAirport baut ein neues Cargo Terminal

[09.01.13 15:13:17, WSU, 13.5004.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 126 Markus Lehmann betreffend Ranking Uni Basel - stimmt die Qualität?

[09.01.13 15:13:33, ED, 13.5005.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 127 Eveline Rommerskirchen zum geplanten Neubau einer Abfallbehandlungsanlage in Grenzach-Wyhlen (D)

[09.01.13 15:13:49, WSU, 13.5006.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

6. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Nr. 12.1242.01 betreffend Hochschulareal St. Johann "Campus Schällemätteli" (Geviert zwischen Schanzen-, Spital-, Pestalozzi- und Klingelbergstrasse)

[09.01.13 15:14:37, BRK, BVD, 12.1242.02, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 12.1242.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Tobit Schäfer, Vizepräsident der Bau- und Raumplanungskommission; RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Heinrich Ueberwasser (SVP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Römisch I. Zonenänderung

Römisch II. Aufhebung Bebauungsplan

Römisch III. Bau- und Strassenlinienplan

Römisch IV. Lärmempfindlichkeitsstufen

Römisch V. Festsetzung eines Bebauungsplans

Römisch VI. Abweisung einer Einsprache

Römisch VII. Publikation und Referendumsklausel

Rechtsmittelbelehrung

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 0 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 216, 09.01.13 15:33:09]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und wird nach Eintritt der Rechtskraft wirksam.

Der vollständige Beschluss ist im Kantonsblatt Nr. 3 vom 12. Januar 2013 publiziert.
--

7. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Nr. 12.0435.01 betreffend Vorderer Jakobsberg: Aufhebung der Speziellen Bauvorschriften Nr. 149 und Neufestsetzung Bebauungsplan sowie Bericht zu einer Motion

[09.01.13 15:33:21, BRK, BVD, 12.0435.02 09.5263.05, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 12.0435.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. Aufhebung der geltenden speziellen Bauvorschriften Nr. 149

II. Zonenänderung

III. Wohnanteiländerung

IV. Festsetzung Bebauungsplan

V. Abweisung der Einsprachen

VI. Schlussbestimmung mit Publikations- und Referendums Klausel

Rechtsmittelbelehrung

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 217, 09.01.13 15:36:39]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und wird nach Eintritt der Rechtskraft wirksam.

Der vollständige Beschluss ist im Kantonsblatt Nr. 3 vom 12. Januar 2013 publiziert.
--

Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt dem Grossen Rat, die Motion 09.5263 von Jörg Vitelli und Christophe Haller betreffend Revision der speziellen Bauvorschriften auf dem Vorderen Jakobsberg als erfüllt abzuschreiben.

Voten: *Jörg Vitelli (SP); Christophe Haller (FDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion als erledigt abzuschreiben.

Die Motion 09.5263 ist **erledigt**.

8. Ratschlag betreffend 7. Rahmenausgabenbewilligung für Staatsbeiträge in den Jahren 2013 - 2017 gemäss Gesetz über den Denkmalschutz vom 20. März 1980

[09.01.13 15:38:42, BRK, BVD, 12.1414.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 12.1414.01 einzutreten und Kredite in der Höhe von insgesamt CHF 14'800'000 zu bewilligen

Voten: *Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz: Hier ist ein Fehler zu korrigieren: der Betrag lautet richtig CHF 14'800'000.

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung des Antrags des Regierungsrates.

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 0 Nein. [*Abstimmung # 218, 09.01.13 15:40:41*]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Finanzierung der Staatsbeiträge in den Jahren 2013 – 2017 gemäss Gesetz über den Denkmalschutz vom 20. März 1980 wird die 7. Rahmenausgabenbewilligung in der Höhe von CHF 14'800'000 zu Lasten des Investitionsbereichs Übrige (Kantonale Denkmalpflege, Pos. 6510.510.20001, Schweiz. Baupreisindex NWCH, Oktober 2011) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

9. Ratschlag Rahmenausgabenbewilligung für die Projektierung und Erstellung von Fotovoltaikanlagen auf Gebäuden im Verwaltungsvermögen des Kantons Basel-Stadt

[09.01.13 15:40:59, UVEK, FD, 12.1785.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 12.1785.01 einzutreten und Kredite in der Höhe von insgesamt CHF 8'500'000 zu bewilligen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Jürg Stöcklin (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Jürg Stöcklin (GB)*

Christian Egeler (FDP): beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Zwischenfrage

Voten: *Urs Müller-Walz (GB); Christian Egeler (FDP)*

Voten: *David Wüest-Rudin (GLP); Heiner Vischer (LDP); Brigitte Heilbronner-Uehlinger (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Aeneas Wanner (GLP); Brigitte Heilbronner-Uehlinger (SP)*

Einzelvoten

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Thomas Mall (LDP); Jörg Vitelli (SP); Jürg Stöcklin (GB); Aeneas Wanner (GLP); Christian Egeler (FDP); Dieter Werthemann (GLP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung an den Regierungsrat, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

30 Ja, 61 Nein. [Abstimmung # 220, 09.01.13 16:33:12]

Der Grosse Rat beschliesst

den Rückweisungsantrag der Fraktion FDP **abzulehnen**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Rahmenausgabenbewilligung

Antrag

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt folgende Ergänzung von Ziffer 1:

Für die Rahmenausgabenbewilligung zur Projektierung und Realisierung von Fotovoltaikanlagen auf Gebäuden im Verwaltungsvermögen des Kantons Basel-Stadt werden **unter Berücksichtigung nachhaltiger Beschaffungskriterien** einmalige Ausgaben in der Höhe von 8'500'000 Franken für die Jahre 2013 bis 2015 zu Lasten des Investitionsbereichs "Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Übrige" bewilligt.

Patrick Hafner beantragt: Für die Rahmenausgabenbewilligung zur Projektierung und Realisierung von Fotovoltaikanlagen auf Gebäuden im Verwaltungsvermögen des Kantons Basel-Stadt werden einmalige Ausgaben in der Höhe von 8'500'000 Franken für die Jahre 2013 bis 2015 zu Lasten des Investitionsbereichs "Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Übrige" bewilligt.

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Brigitte Heilbronner-Uehlinger (SP)*

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der UVEK, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der UVEK

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 26 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 221, 09.01.13 16:36:02]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der UVEK **zuzustimmen**.

Detailberatung

Ziffer 2

Absatz 1

Absatz 2

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung des Antrags des Regierungsrates.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 13 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 222, 09.01.13 16:37:03]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für die Rahmenausgabenbewilligung zur Projektierung und Realisierung von Fotovoltaikanlagen auf Gebäuden im Verwaltungsvermögen des Kantons Basel-Stadt werden unter Berücksichtigung nachhaltiger Beschaffungskriterien einmalige Ausgaben in der Höhe von 8'500'000 Franken für die Jahre 2013 bis 2015 zu Lasten des Investitionsbereichs "Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Übrige" bewilligt. (Immobilien Basel-Stadt, Position 420013026005; Index 120.0 Punkte, Stand April 2012, Schweiz. Baupreisindex Nordwestschweiz).
2. Für die Bewilligung der einzelnen Ausgaben ist anschliessend der Regierungsrat zuständig. Über die Verwendung der Mittel aus der Rahmenausgabenbewilligung wird der Regierungsrat dem Grossen Rat nach Abschluss berichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

10. Ratschlag 2000-Watt-Gesellschaft - Pilotregion Basel 2013 - 2016 "Praxislabor der Nachhaltigkeitsforschung". Beiträge an Pilot- und Demonstrationsprojekte in den Bereichen Bauen, erneuerbare Energien und Fahrzeuge

[09.01.13 16:37:18, UVEK, WSU, 12.1818.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 12.1818.01 einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt CHF 2'600'000 zu bewilligen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Bruno Jagher (SVP): beantragt Nichteintreten.

Christine Wirz-von Planta (LDP): beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Voten: *Jürg Stöcklin (GB); Urs Schweizer (FDP); Stephan Luethi (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Christine Wirz-von Planta (LDP); Stephan Luethi (SP)*

Voten: *Urs Müller-Walz (GB)*

Schlussvoten

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU); Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Abstimmung

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 18 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 223, 09.01.13 17:08:31]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Ratschlag **einzutreten**.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung an den Regierungsrat, NEIN heisst nicht Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

28 Ja, 59 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 224, 09.01.13 17:09:25]

Der Grosse Rat beschliesst

den Rückweisungsantrag der Fraktion LDP **abzulehnen**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einzigter Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung des Antrags des Regierungsrates.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 24 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 225, 09.01.13 17:10:20]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Unterstützung von Projekten im Rahmen der "2000-Watt-Gesellschaft - Pilotregion Basel" in den Bereichen Bauen, erneuerbare Energien und Fahrzeuge wird für die Jahre 2013 – 2016 eine einmalige Ausgabe in der Höhe von CHF 2'600'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung (Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt/Amt für Umwelt und Energie) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

11. Bericht der Finanzkommission zum Jahresbericht 2011 der ProRhenno AG

[09.01.13 17:10:35, FKom, WSU, 12.1300.02, BER]

Die Finanzkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 12.1300.02 einzutreten und den vorgelegten Beschlussentwürfen zuzustimmen.

Voten: *Patricia von Falkenstein, Referentin Finanzkommission*

Fraktionsvoten

Voten: *Jörg Vitelli (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Baschi Dürr (FDP); Jörg Vitelli (SP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU); Patricia von Falkenstein, Referentin Finanzkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

des Grossratsbeschlusses zum Jahresbericht 2011

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 226, 09.01.13 17:22:01]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Jahresbericht der ProRhenno AG für 2011 wird genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Detailberatung

des Grossratsbeschlusses Aufhebung der Richtlinien für die Verwirklichung des Konzeptes über die Abwasserreinigung

Titel und Ingress

Ziffer 1

Ziffer 2

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 29 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 227, 09.01.13 17:23:09]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Die Richtlinien des Grossen Rates für die Verwirklichung des Konzeptes über die Abwasserreinigung vom 25. Juni 1975 werden aufgehoben.

2. Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Grossen Rat die Jahresberichte der ProRheno AG künftig zur Kenntnisnahme zu unterbreiten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

12. Ratschlag Bewilligung von Subventionen an den Zoo Basel (Zoologischer Garten Basel AG) für die Jahre 2013 - 2016

[09.01.13 17:23:26, UVEK, PD, 12.1969.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 12.1969.01 einzutreten und Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 5'800'000 zu bewilligen.

Voten: *Remo Gallacchi, Referent der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Fraktionsvoten

Voten: *Eveline Rommerskirchen (GB); Remo Gallacchi, Referent der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung des Antrags des Regierungsrates.

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 228, 09.01.13 17:28:54]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für Subventionen an den Zoo Basel (Zoologischer Garten Basel AG) für die Jahre 2013 - 2016 werden Ausgaben von CHF 5'800'000 (jährlich CHF 1'450'000), nicht indexiert, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

13. Ratschlag Subventionen an den Verein Kulturwerkstatt Kaserne für die Jahre 2013 - 2016

[09.01.13 17:29:43, BKK, PD, 12.1784.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 12.1784.01 einzutreten und Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 8'414'140 zu bewilligen.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD); Oswald Inglin (CVP); Martina Bernasconi (GLP); Brigitta Gerber (GB)*

Patrick Hafner (SVP): beantragt Nichteintreten, eventualiter Rückweisung an den Regierungsrat.

Voten: *Ruth Widmer Graff (SP); Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommissio*

Abstimmung

über Eintreten.

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 11 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 229, 09.01.13 17:54:20]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Ratschlag **einzutreten**.

Abstimmung

über Rückweisung.

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst nicht Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

14 Ja, 69 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 230, 09.01.13 17:55:16]

Der Grosse Rat beschliesst

den Rückweisungsantrag der Fraktion SVP **abzulehnen**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Ziffer 1, Grundsубvention

Ziffer 2, Subvention zur zweckbestimmten und kostenneutralen Bezahlung des Mietzinses

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung des Antrags des Regierungsrates.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 12 Nein, 1 Enthaltung. *[Abstimmung # 231, 09.01.13 17:56:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für Subventionen an den Verein Kaserne Basel werden für die Jahre 2013 – 2016 Ausgaben von CHF 8'414'140 (jährlich CHF 2'103'535), nicht indiziert, bewilligt.

Die Ausgaben pro Jahr bewegen sich im Detail:

1. Grundsубvention CHF 1'535'000 p.a.

2. Subvention zur zweckbestimmten und kostenneutralen Bezahlung des Mietzins netto CHF 568'535 p.a.

Gesamtsубvention CHF 2'103'535 p.a.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Schluss der 32. Sitzung

17:57 Uhr

Basel, 9. Januar 2013

Daniel Goepfert
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend bessere regionale Kooperationen im Gesundheitswesen		GD	10.5291.02
2.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend Neukonzeption der Schulung von Kindern und Jugendlichen in stationärer Behandlung		GD	10.5288.02
3.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Subventionierung und Organisation der Quartierarbeit		PD	10.5240.02
4.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ursula Metzger Junco P. und Konsorten betreffend Gewährleistung des Schulunterrichts für alle Kinder und Jugendliche		ED	10.5289.02
5.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend privates Bildungszentrum für Pflege- und Spitalberufe		ED	10.5199.02
6.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian Egeler und Konsorten betreffend Durchführung Schulsynode in unterrichtsfreier Zeit		ED	10.5138.02
7.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Doris Gysin und Konsorten betreffend Spielgruppen sind wichtig für die Sprachförderung, sie brauchen wirtschaftlich gesunde Bedingungen und Anerkennung!		ED	10.5275.02
8.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag 12.0435.01 betreffend Vorderer Jakobsberg: Aufhebung der Speziellen Bauvorschriften Nr. 149 und Neufestsetzung eines Bebauungsplans sowie Bericht zu einer Motion	BRK	BVD	12.0435.02 09.5263.05
9.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Martina Saner und Konsorten betreffend Abbau von Zugangsbarrieren in öffentlichen Schwimmbädern für Personen mit Behinderung		BVD	10.5208.02
10.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ausgabenbericht betreffend Mammografie Screening Programm Kanton Basel-Stadt	GSK	GD	12.0782.02
11.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für Subventionen an das Blaue Kreuz Basel-Stadt für die Jahre 2013 und 2014	GSK	GD	12.0741.02
12.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend wirkungsvoller Jugendschutz im Bereich des Alkoholkonsums und regionale Zusammenarbeit sowie Emmanuel Ullmann und Konsorten zur Streichung von § 31 Abs. 3 Gastgewerbegesetz		GD	08.5033.05 10.5355.03
13.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Rolf Stürm und Konsorten betreffend Sicherheit für Pharma-Probanden und Pharma-Forschung dank trinationalen Probanden-Register		GD	06.5018.04
14.	Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag und Entwurf betreffend Teilrevision des Gesetzes betreffend die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt (Polizeigesetz, PolG) vom 13. November 1996 - Ergänzung mit Normen zur verdeckten Fahndung und zur verdeckten Ermittlung sowie Bericht zu einer Motion	JSSK	JSD	12.0652.02 10.5323.04
15.	Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zur Ergänzung 2012 zum "Leitbild und Handlungskonzept des Regierungsrates zur Integrationspolitik des Kantons Basel-Stadt von 1999"	JSSK	PD	12.0379.02

16.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag 12.0788.01 Rahmenausgabenbewilligung zur weiteren Umsetzung von Tempo 30. Projektierung und Umsetzung von Massnahmen aus dem aktualisierten Tempo 30-Konzept sowie Bericht zu zwei Petitionen, zehn Anzügen und Bericht der Kommissionsminderheit	UVEK	BVD	12.0788.02 09.5353.03 11.5306.03 08.5155.04 05.8483.05 09.5317.03 08.5205.04 09.5117.04 04.7817.07 07.5157.04 07.5188.05 12.5213.02 12.5189.02
17.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Nr. 12.1242.01 betreffend Hochschulareal St. Johann "Campus Schällemätteli" (Geviert zwischen Schanzen-, Spital-, Pestalozzi- und Klingelbergstrasse)	BRK	BVD	12.1242.02
18.	Bericht der Finanzkommission zum Jahresbericht 2011 der ProRhen AG	FKom	WSU	12.1300.02
19.	Bericht der Geschäftsprüfungskommission zur Umsetzung des Ratschlags 05.0601 betreffend Sicherheitseinrichtungen, Erneuerungen und Verbesserungen im Untersuchungsgefängnis Waaghof vom 19. April 2005	GPK		12.5349.01
20.	Bericht der Regiokommission zu ihrer Tätigkeit in der zweiten Legislaturhälfte 2009/2013, inklusive den trinationalen Gremien Districtsrat und Oberrheinrat und Einschätzung zur Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit	RegioKo		12.5354.01
21.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P266 "Für einen sauberen und kindgerechten Pausenplatz" <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss §20 Abs. 2 AB</i>	PetKo		09.5170.02
22.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P301 "Für mehr Wohn- und Lebensqualität für unsere Bürger im Kleinbasel" <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss §20 Abs. 2 AB</i>	PetKo		12.1625.02
23.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P298 "Schutz der Wohnquartiere vor Ausweitung des Sexgewerbes" <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss §20 Abs. 2 AB</i>	PetKo		12.5195.02
24.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P302 "Rhein-Tram" <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss §20 Abs. 2 AB</i>	PetKo		12.5279.02
25.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P303 "Nein zum Gundeli-Tunnel und zum Zerschneiden des Gundeli. Mittel sinnvoll verwenden" <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss §20 Abs. 2 AB</i>	PetKo		12.5310.02
26.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P304 "Für härtere Mindeststrafen bei Sexualdelikten" <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss §20 Abs. 2 AB</i>	PetKo		12.5311.02
27.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Christoph Wydler und Consorten betreffend Einführung eines Kaskadenmodells für die Standorte von Mobilfunkanlagen		BVD	12.5153.02
28.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Salome Hofer und Consorten betreffend einer Jugendbewilligung für Basel		BVD	12.5147.02
29.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Consorten betreffend nachhaltige Beschaffung nach ökologischen Kriterien beim Kanton und seinen Betrieben		BVD	10.5170.02
30.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Martin Lüchinger und Consorten betreffend Offenlegung von Mietzinsanpassungen bei Neuvermietungen (Formularpflicht bei erhöhten Anfangsmietzinsen)		PD	12.5186.02
31.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Brigitte Gerber und Consorten betreffend Tagesheimkosten für Familien		ED	12.5183.02
32.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Martina Bernasconi und Consorten zur Änderung von Schulgesetz § 86 Aufgaben der Schulkommissionen		ED	12.5152.02

33.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Atila Toptas und Konsorten zu mehr Theaterpädagogik in der Schule	ED	10.5285.02
34.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Urs Müller-Walz und Konsorten betreffend Public-Private-Partnership-Modell für den Betrieb der St. Jakobshalle	ED	10.5195.02
35.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Samuel Wyss und Konsorten betreffend den Ankauf von Bauland beim Casino Basel	FD	10.5286.02
36.	Budgetpostulate für das Budget 2013		
1.	Budgetpostulat Sibylle Benz Hübner betreffend Dienststelle Nr. 220, ED Leitung Bildung, Pädagogisches Zentrum PZ.BS		12.5363.01
2.	Budgetpostulat Dominique König-Lüdin betreffend Dienststelle Nr. 617 BVD, Tiefbauamt und Dienststelle Nr. 410 Regierungsrat und Übriges		12.5364.01
3.	Budgetpostulat Lukas Engelberger und Konsorten betreffend Dienststelle Nr. 520 JSD; Staatsanwaltschaft, Personalaufwand		12.5365.01
4.	Budgetpostulat David Wüest-Rudin betreffend Dienststelle Nr. 520 JSD, Staatsanwaltschaft, Personalaufwand		12.5370.01
5.	Budgetpostulat Heidi Mück betreffend Dienststelle Nr. 2900 ED, Jugend, Familie und Sport und Dienststelle Nr. 6510 BVD, Städtebau und Architektur		12.5366.01
6.	Budgetpostulat Doris Gysin und Oswald Inglin betreffend Dienststelle Nr. 8220 WSU, Sozialhilfe, Transferaufwand		12.5367.01
7.	Budgetpostulat Heidi Mück und Ursula Metzger Junco P. betreffend Dienststelle Nr. 5100 JSD, Bevölkerungsdienste und Migration, Personalaufwand		12.5368.01
8.	Budgetpostulat Helen Schai-Zigerlig betreffend Dienststelle Nr. 3700 PD, Abteilung Kultur		12.5369.01

Überweisung an Kommissionen

37.	Ratschlag Areal Claratum. Zonenänderung sowie Festsetzung eines Bebauungsplanes im Bereich Clarastrasse, Riehenring und Drahtzug-strasse (Areal Claratum)	BRK	BVD	12.1916.01
38.	Ratschlag Revision des Gesetzes über Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt (GKV) - Formell-gesetzliche Grundlage für die Gebührenpflichtigkeit von Tarifverfahren gemäss KVG	GSK	GD	12.1962.01
39.	Ratschlag Liestaleranlage Neugestaltung der Grünanlage und Neubau eines Unterstandes mit öffentlicher WC-Anlage	UVEK	BVD	12.2004.01
40.	Petition P310 betreffend Planung der 3LAND-Stadt - es soll ein Ort für Alle statt für Wenige entstehen!	PetKo		12.5372.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

41.	Motionen:			
a)	Patrizia Bernasconi und Andreas Zappalà zur zeitgemässen paritätischen Vertretung in der Staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten			12.5374.01
b)	Dominique König-Lüdin und Konsorten zum Beschaffungsgesetz: Einschränkung der Weitergabe an Subunternehmen			12.5375.01
c)	Heidi Mück und Konsorten zur Änderung des Beschaffungsgesetzes: Senkung des Anteils der öffentlichen Hand für die Unterstellung unter das Gesetz			12.5376.01
d)	Emmanuel Ullmann und Konsorten zur Einführung der Kompetenz der Polizistinnen und Polizisten zur direkten Bussenerhebung bei Verstössen gegen das kantonale Übertretungsstrafgesetz			12.5377.01

- | | | | |
|-----|---|-----|------------|
| 42. | Anzüge: | | |
| | a) Regiokommission betreffend "Haus der Region" | | 12.5359.01 |
| | b) Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend verbesserte Unterstützung für Primarlehrkräfte | | 12.5373.01 |
| 43. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitte Heilbronner und Konsorten betreffend Parkplatzbewirtschaftung Motorräder und Motorroller | BVD | 08.5349.04 |

Kenntnisnahme

- | | | | |
|-----|--|-----|------------|
| 44. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Helen Schai-Zigerlig und Konsorten betreffend Öffnung der Kornhausgasse und Cityring-Querung für Velos (stehen lassen) | BVD | 10.5290.02 |
| 45. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Befahren der Spalenvorstadt für Fahrradfahrer stadteinwärts (stehen lassen) | BVD | 08.5297.03 |
| 46. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ernst Jost und Konsorten betreffend versenkbare Pfosten (stehen lassen) | BVD | 05.8309.05 |
| 47. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Baschi Dürr betreffend Situation privater Höherer Fachschulen | ED | 12.5230.02 |
| 48. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend die Lärmschutzmassnahmen entlang der Osttangente (stehen lassen) | WSU | 10.5242.02 |
| 49. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Andrea Bollinger betreffend versuchsweiser Einsatz von LED-Strassenbeleuchtung | WSU | 12.5243.02 |
| 50. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Peter Howald und Konsorten betreffend Abfallbewirtschaftung im Stadion nach der Euro 08 (stehen lassen) | WSU | 08.5161.03 |
| 51. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Verzicht auf die Erhöhung der Staumauer der Grimsel-Kraftwerke (Projekt KWO plus) (stehen lassen) | WSU | 05.8239.04 |
| 52. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Thomas Mall betreffend Zweckentfremdung von Einnahmen von stationären Patienten | GD | 12.5241.02 |
| 53. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Thomas Mall betreffend Basler Fähren | JSD | 12.5242.02 |

Anhang C: Neue Vorstösse

Motionen

a) Motion zur zeitgemässen paritätischen Vertretung in der Staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten

12.5374.01

Die Schlichtungsstelle (SSM) stellt eine wichtige Einrichtung zum Erhalt des sozialen Friedens und des Ausgleichs zwischen Vermieterschaft und Mieterschaft dar. Die dafür paritätisch gewählten Mitglieder sollen Gewähr dafür bieten, dass diese Ziele auch im Alltag jederzeit erreicht werden können. Die Verbundenheit mit dem Stadtkanton ist eine wichtige Eigenschaft hierzu. Deshalb ist es richtig, dass die Besetzung der Hauptkammer weiterhin gemäss §3 SSMG durch je eine Person von Mieter- und von Vermieterseite gewährleistet ist, deren Zentrum der Lebensverhältnisse im Stadtkanton liegen und die hier auch stimm- und wahlberechtigt ist.

Um indessen auch der Realität einer gewachsenen Mobilität zwischen Stadtkanton und Agglomeration Rechnung zu tragen, ist es angesagt, eine Ausnahme zuzulassen, wenn ein Mitglied der SSM vom Stadtkanton in einen benachbarten Kanton umzieht oder sonst wie im Stadtkanton verwurzelt ist, ohne dort Wohnsitz aufzuweisen. Eine solche Ausnahme hat überdies den Vorteil, dass die Realität der zusammenwachsenden Agglomeration auch in der SSM minimal abgebildet wird.

Ähnlich verhält es sich, wenn jemand im Stadtkanton wohnt und mit ihm verbunden ist, aber nicht oder noch nicht das Schweizer Bürgerrecht besitzt. Auch mit einem solchen Mitglied wird in der SSM die Realität einer wachsenden Diaspora im Stadtkanton minimal abgebildet.

In beiden Fällen würde es sich nicht rechtfertigen lassen, die betreffenden - ansonsten für die SSM geeigneten - Personen als in der Hauptkammer wählbar zu bezeichnen. Indes steht nichts entgegen, eine Person, welche im Übrigen alle notwendigen Kriterien erfüllt, als Ersatzmitglied wählbar zu bezeichnen. Für diese Ersatzmitglieder, welche im Schlichtungsalltag dieselben Rechte und Pflichten erfüllen, können einzelne Ausnahmen vom Wohnsitzzwang und vom Schweizer Bürgerrecht nicht nur vertretbar, sondern auch erwünscht sein.

Nur der Vollständigkeit halber sei beigefügt, dass die Parität sich ergibt diesfalls und weiterhin aus der zahlenmässigen Gleichbehandlung und der äquivalenten Vertretung der beiden Seiten in jeder Schlichtungsverhandlung. Weiter wählt der Regierungsrat Ersatzmitglieder auf Vorschlag der sozialen Partner.

Deshalb bitten wir den Regierungsrat, §3 Abs. 2 des Gesetzes über die Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten (Schlichtungsstellengesetz, 215.400) so zu ergänzen, dass die zu wählenden Ersatzmitglieder nicht zwingend in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt sein müssen, jedoch einen Bezug zum Kanton Basel-Stadt aufweisen sollen.

Patrizia Bernasconi, Andreas Zappalà

b) Motion zum Beschaffungsgesetz: Einschränkung der Weitergabe an Subunternehmen

12.5375.01

Während den vergangenen Wochen sind Verstösse gegen die Flankierenden Massnahmen, die die Personenfreizügigkeit regeln und einen geordneten Ablauf garantieren sollten, Gegenstand öffentlicher und politischer Kritik gewesen. Ein Problem bei der Umsetzung der gesetzlichen Grundlagen betrifft das Subunternehmertum und im Besonderen die Ketten von Subunternehmen, die von den Generalunternehmen ihre Aufträge erhalten und diese wiederum an weitere Subunternehmen weitergeben. Die Verantwortlichkeiten sind nicht bis ins letzte Glied geregelt. Vor allem wenn es um Verstösse gegen die geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen geht, ist es kaum möglich, die Gesetze zu vollziehen.

Eine Möglichkeit um diesem Tun einen Riegel zu schieben ist, die endlosen Ketten der verschiedenen Subunternehmen zu beschränken. Daher sollen in Zukunft alle Anbietenden, welche einen Auftrag im Kanton erhalten, die Aufträge nur direkt an Subunternehmen weitergeben können. Die Subunternehmen müssen dann vertraglich verpflichtet werden, die Aufträge selbst auszuführen und dürfen diese nicht weitergeben. Dies muss für alle Anbietenden nach §4 des Beschaffungsgesetzes gelten und zusätzlich dort, wo die Öffentliche Hand mehrheitlich beteiligt ist oder als Subventionsgeber auftritt.

Die Unterzeichnenden verlangen deshalb vom Regierungsrat, die entsprechenden Änderungen, resp. Ergänzungen im Gesetz über öffentliche Beschaffungen (Beschaffungsgesetz) vom 20. Mai 1999 wie folgt vorzunehmen:

2. Nachweis und Kontrolle

§6.

³ Wer Subunternehmen, Unterakkordantinnen oder Unterakkordanten und temporäre Arbeitskräfte einsetzt, hat nachzuweisen, dass die Arbeitsbedingungen gemäss §5 dieses Gesetzes eingehalten werden.

⁴ Die Anbietenden sind dafür verantwortlich, dass die von ihnen eingesetzten Subunternehmen, Unterakkordantinnen oder Unterakkordanten und temporären Arbeitskräfte die Bestimmungen dieses Gesetzes einhalten. Dies gilt auch für General- oder Totalunternehmeraufträge.

Neu:

⁵ Die Anbietenden dürfen Subunternehmen einsetzen für ihre Aufträge. Die Subunternehmen müssen sich gegenüber den Anbietenden verpflichten, die Aufträge selbst auszuführen. Eine Weitergabe der Aufträge ist nicht möglich.

Dominique König-Lüdin, Urs Müller-Walz, Elisabeth Ackermann, Stephan Luethi-Brüderlin, Mustafa Atici, Talha Ugur Camlibel, Gülsen Oeztürk, Heidi Mück, Jürg Meyer, Urs Schweizer, Martin Lüchinger, David Wüest-Rudin, Tanja Soland

c) Motion zur Änderung des Beschaffungsgesetzes: Senkung des Anteils der öffentlichen Hand für die Unterstellung unter das Gesetz

12.5376.01

Das Gesetz über öffentliche Beschaffungen regelt das Verfahren und die Bedingungen für öffentliche Vergabungen. Es sorgt unter anderem auch für den Schutz der ArbeitnehmerInnen vor Lohndumping, indem es zum Beispiel ausländische Anbietende verpflichtet, für die Arbeiten vor Ort die geltenden Gesamtarbeitsverträge oder die orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen dauernd und vollumfänglich einzuhalten. Nachdem die Grossbaustelle der Messe Basel aufgezeigt hat, dass verschiedene Lücken in der Gesetzgebung bestehen, die es der öffentlichen Hand offenbar erschweren, bei Verstössen gegen geltende Arbeitsbedingungen auf Baustellen, an denen sie beteiligt ist, einzugreifen, ist es an der Zeit, diese Lücken zu schliessen.

Eine Möglichkeit dafür ist die Verringerung des Anteils, den die öffentliche Hand an ein Bauprojekt zahlen muss, damit es unter das Beschaffungsgesetz fällt.

Unter §4 Geltungsbereich heisst es in Abs. 3 Kanton und Gemeinden sorgen dafür, dass das Gesetz über öffentliche Beschaffungen auch angewendet wird:

- a) durch Organisationen und Unternehmen, an denen Gemeinwesen mehrheitlich beteiligt sind; und
- b) auf Objekte und Leistungen, welche die Gemeinwesen mit mehr als 50% der Gesamtkosten subventionieren. Gerade die Messebaustelle ist ein gutes Beispiel, dass es hier Änderungsbedarf gibt, fällt sie doch mit 49% Aktienbeteiligung der öffentlichen Hand am Auftraggeber MCH Group nicht unter das Beschaffungsgesetz.

Aus diesem Grund bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, das Beschaffungsgesetz dergestalt zu ändern, dass es auch auf Organisationen und Unternehmen angewendet werden kann, an welchen Gemeinwesen mit 25% und mehr beteiligt sind, respektive auf Objekte und Leistungen, welche die Gemeinwesen mit 25% und mehr der Gesamtkosten subventionieren.

Heidi Mück, Urs Müller-Walz, Patrizia Bernasconi, Mustafa Atici, Mirjam Ballmer, Talha Ugur Camlibel, Dominique König-Lüdin, Salome Hofer, Sibel Arslan, Ursula Metzger Junco P., Jürg Meyer, Urs Schweizer, Martin Lüchinger

d) Motion zur Erhöhung der Kompetenz der Polizistinnen und Polizisten zur direkten Bussenerhebung bei Verstössen gegen das kantonale Übertretungsstrafgesetz

12.5377.01

Die Sicherheitsdebatte ist vor allem während des Wahlkampfes aufgeflammt - die Probleme wurden damit jedoch nicht gelöst.

Die Staatsanwaltschaft bekundet Mühe, ihre Pendenzenberge abzarbeiten. Mit der Justizreform ist die Situation nicht einfacher geworden, im Gegenteil. Auch wenn bisher wichtige Fälle gemäss Bericht der GPK (noch) nicht bis zur Verjährung verschleppt wurden, so konnte bereits festgestellt werden, dass die Dauer der Untersuchungshaft zunahm. Auch bei der Polizei spitzt sich die Situation seit Jahren zu. Aus diesem Grund hat der Grosse Rat 45 zusätzliche Stellen bewilligt. Nebst Personalausbau kann auch der Abbau von administrativen Arbeiten zu einer besseren Situation führen. Eine mögliche Lösung wäre die Handlungskompetenz der Polizei zu erhöhen wie folgt:

Übertretungen nach kantonalem Recht, die nicht im Ordnungsbussenkatalog (vgl. Anhang 2 zur Ordnungsbussenverordnung; 257.115) aufgeführt sind, können nicht von der Kantonspolizei mittels direkter Bussenerhebung geahndet werden. In diesen Fällen muss die Polizei eine Verzeigung an die Staatsanwaltschaft machen, welche dann mittels Strafbefehl die Busse ausspricht, was regelmässig mit der Überbindung von Verfahrenskosten (in der Regel zusätzlich mit CHF 200) verbunden ist. Dies bedeutet für den Gebüssten faktisch eine überhöhte Sanktion (Busse und Verfahrenskosten) und für die Staatsanwaltschaft und vor allem für die Kantonspolizei einen zusätzlichen (vermeidbaren) administrativen Aufwand. Dies liesse sich ändern, indem die Kompetenz der Kantonspolizei zur direkten Ordnungsbussenerhebung ausgedehnt wird. Selbstverständlich sind dabei die verfassungsmässigen Verfahrensgarantien zu berücksichtigen.

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Grossen Rat eine Vorlage zur Änderung des Übertretungsstrafgesetzes

(253.100) zu unterbreiten, die der Kantonspolizei eine erhöhte Kompetenz zur direkten Erhebung von Ordnungsbussen einräumt. Damit zusammenhängend wäre auch die Ordnungsbussenverordnung entsprechend vom Regierungsrat anzupassen. Dies könnte insbesondere durch eine Normbusse für Übertretungen nach kantonalem Übertretungsstrafgesetz realisiert werden, welche Übertretungen grundsätzlich mit einer fixen Busse (z.B. CHF 120) sanktioniert, sofern für die spezifische Übertretung im Bussenkatalog nicht eine höhere/tiefere Busse vorgesehen ist oder durch die Übertretung Personen erheblich gefährdet wurden oder grosser Sachschaden entstanden ist. In den letzten beiden Fällen hätte wie bis anhin in jedem Fall eine Verzeigung an die Staatsanwaltschaft zu erfolgen.

Emmanuel Ullmann, Dieter Werthemann, André Auderset, Felix Meier, Christian von Wartburg, Ursula Metzger Junco P., Sibel Arslan, Tanja Soland, Remo Gallacchi, Toni Casagrande, Kerstin Wenk, Peter Bochsler, Andreas Zappalà, Brigitta Gerber

Anzüge

a) Anzug betreffend einem "Haus der Region"

12.5359.01

Diverse Gremien kümmern sich heute um die regionale bzw. grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Regio Basiliensis, Trinationaler Eurodistrict Basel, Infobest Palmrain, Agglomerationsprogramm Basel, IBA Basel 2020, Nordwestschweizer Regierungskonferenz). All diese Einrichtungen haben heute eine eigene Geschäftsstelle, eine eigene Homepage und - falls sie als Verein organisiert sind - einen eigenen Vorstand. Alle diese Gremien haben ein eigenes Logo, kreieren eigene Flyer und Newsletter und kommunizieren selbst über eigene Medienkanäle.

Um die Wirkung dieser Gremien in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu erhöhen, macht es aus Sicht der Regiokommission Sinn, dass diese ihre Arbeit künftig noch besser koordinieren.

Die Regiokommission bittet deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, welche der genannten Gremien in einem "Haus der Region" zentral untergebracht werden könnten und wie eine solche Lösung raschmöglichst realisiert werden könnte.

Die Regiokommission hat diesen Kommissionsantrag am 5. Dezember 2012 einstimmig beschlossen.

Für die Regiokommission: Heinrich Ueberwasser

b) Anzug betreffend verbesserte Unterstützung für Primarlehrkräfte

12.5373.01

Seit wenigen Jahren wird die Integration von behinderten und verhaltensauffälligen Kindern in die Normalklassen umgesetzt. Die Kleinklassen werden grossenteils abgeschafft. Die Zusammensetzung der Klassen wird noch vielfältiger, das Lehrteam vergrössert sich. Bereits wird in den Medien diskutiert, ob die Entscheidung für die flächendeckende integrative Schule falsch war.

Die Ansprüche an eine Primarlehrperson haben sich in den letzten Jahren stark verändert von einem "Einpersonenbetrieb" zu einem "Manager" in einem Betreuungsteam. Erfahrene Lehrpersonen sind starken Veränderungen ausgesetzt und junge Ausbildungsabgänger kommen mit minimalen heilpädagogischen Kenntnissen "auf den Markt." Der punktuelle Einsatz von Speziallehrkräften kann diesen Mangel nicht ausgleichen und bringt oftmals eine Unruhe in die Klasse.

Ausserdem hat sich die Praxiszeit während der Ausbildung verändert und die Studierenden haben weniger oft direkten Kontakt mit den Kindern. Es ist auch nicht gewährleistet, dass sie in jeder Stufe eingeteilt werden.

Die Klassenlehrer tragen die Hauptlast dieser Veränderungen. Vom Lohn her sind sie aber gegenüber den Heilpädagogen schlechter gestellt. Primarlehrpersonen müssen deutlich mehr Stunden leisten als etwa Oberstufenlehrkräfte (Primarschule 28, Gymnasium 22) bei schlechterer Entlohnung und diversifizierteren Klassen. Es scheint, dass die neuen Anforderungen noch keinen Eingang ins Lohngefüge gefunden haben.

Die Burnout-Quote hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- Wie er in der Ausbildung der jungen Lehrpersonen sicherstellt, dass diese ausreichendes heilpädagogisches Fachwissen erwerben.
- Wie er sicherstellt, dass die Ausbildung praxisbezogen bleibt.
- Wie er der zunehmenden Tendenz zum Burnout bei Lehrpersonen begegnen will.
- Wie er die zunehmend geforderten Leitungskompetenzen bei Lehrpersonen mit einer verbesserten Entlohnung abgeltet will.

- Wie er allgemein den Primarlehrkräfteberuf attraktiver gestalten und so einem Primarlehrermangel vorbeugen will.
- Zur Zeit fehlen teilweise die Fachpersonen, welche Primarlehrkräfte unterstützen sollen. Es soll aufgezeigt werden, wie ein Pool von Fachkräften gebildet werden kann, welcher frühzeitig unterstützend eingreifen kann.
Annemarie Pfeifer, Christoph Wydler, Beat Fischer

Interpellationen

a) Interpellation Nr. 118 betreffend Asylwohnheim Mittlere Strasse

12.5352.01

Am 8.11.2012 teilte der Regierungsrat der Öffentlichkeit mit, dass anstelle des Asylschiffes im St. Johann nun ein Asylwohnheim im Hinterhaus der Mittleren Strasse 37 mit 45 Plätzen plant. Die Eröffnung soll im Januar 2013 erfolgen.

Die Anwohnerschaft an der Mittleren Strasse hat von diesen Plänen erst aus dieser Medienmitteilung erfahren. Erst auf mehrmalige, schriftliche Anfragen seitens der Anwohnerschaft erhielten diese eine Antwort seitens des WSU. Neben dem Hinweis, dass irgendwann im Januar 2013 eine Informationsveranstaltung durchgeführt wird, erfuhren die Anwohner nur wenig neue Informationen.

Die Petitionskommission hat in ihrem Bericht vom 5.11.2012 zur Petition P295 „Kein Asylheim an der Feldbergstrasse“ die Zuständigen beim WSU gebeten, frühzeitig das Gespräch mit der Anwohnerschaft bei geplanten Asylwohnheimen zu suchen.

Ich bitte den Regierungsrat, mir folgende Fragen zu beantworten:

1. Wieso haben die Zuständigen beim WSU den Kontakt mit den Anwohnern des Asylwohnheims an der Mittleren Strasse 37 nicht von sich aus aufgenommen?
2. Teilt der Regierungsrat die Meinung der Petitionskommission nicht, dass eine frühzeitige Kontaktaufnahme und Information der Anwohnerschaft Probleme und Missstimmung vermeiden, oder zumindest die Akzeptanz verbessert würde?
3. Ist es sinnvoll, die Anwohner nun erst Mitte Januar an einer Veranstaltung zu informieren, wenn die Eröffnung gemäss Medienmitteilung ebenfalls bereits Mitte Januar stattfindet?
4. Den Mietern an der Mittleren Strasse 39 (Vorderhaus) wurde allen gekündigt. Ist ausgeschlossen, dass diese Liegenschaft ebenfalls als Asylwohnheim verwendet wird?

Christian Egeler

b) Interpellation Nr. 119 betreffend Ungereimtheiten in Zusammenhang mit der Messebaustelle

12.5360.01

Auf der Messebaustelle herrscht derzeit Hochbetrieb. Gemäss den lokalen Medien bzw. der Unia Nordwestschweiz kommt es zunehmend zu Unregelmässigkeiten: Es wird berichtet über Verstösse gegen die hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen, wegen Zeitverzögerungen werden anscheinend die Zahlungen an einige Unternehmen zurückgehalten, wodurch einige Bauarbeiter ihre Löhne nicht erhalten. Zudem kam es zu mehreren Arbeitsunfällen. Auch wenn zu befürchten ist, dass ähnliche Missstände bei vielen grossen Bauprojekten vorkommen, gilt es hier aufgrund des Zeitdruckes genau hinzuschauen.

Für die fragwürdigen Lohn- und Arbeitsbedingungen sollen Subunternehmen zuständig sein. Wenn die Unternehmen die Fristen nicht einhalten, dann gibt es wahrscheinlich Vertragsstrafen, welche im Baugewerbe üblich sind. Dass am Ende die Bauarbeiter ihre Löhne nicht erhalten, ist dabei nur eine indirekte Konsequenz.

Obwohl diese Unregelmässigkeiten die Subunternehmen betreffen, lässt sich trotzdem eine gewisse Verantwortung des Auftraggebers sowie des Generalunternehmers nicht leugnen. Schliesslich sucht der Auftraggeber den Generalunternehmer aus und dieser dann die Subunternehmen, daher hätten beide es in der Hand, faire Bedingungen und Überprüfungsmöglichkeiten in ihre Verträge aufzunehmen. Zudem lassen sich diese Vorkommnisse für den Kanton Basel-Stadt nicht so einfach wegwischen, denn immerhin ist der Kanton an der MCH Group AG beteiligt und stellt zwei Verwaltungsräte. Daher werfen die ganzen Unregelmässigkeiten auch ein schlechtes Licht auf den Kanton.

Hinzu kommt, dass die verantwortlichen Kontrollorgane (Basko und Paritätischen Kommissionen) anscheinend ihren Auftrag nicht genügend ernst ausführen und Meldungen von Verstössen gegen Lohn- und Arbeitsrecht nicht konsequent weiterverfolgen.

Daher bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt sich die Regierung zu den erwähnten Unregelmässigkeiten auf der Messebaustelle und was gedenkt sie dagegen zu tun?
2. Wie kann die Regierung verhindern, dass aufgrund der Unregelmässigkeiten auf der Messebaustelle die Beteiligung des Kantons am Messebau und der MHC Group AG sich negativ in der Öffentlichkeit auswirkt?
3. Sieht die Regierung Möglichkeiten, im Verwaltungsrat der MCH Group AG darauf hinzuwirken, dass die vertraglich festgehaltenen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Subunternehmer eingehalten werden. Wie steht die Regierung zur Forderung der Unia betreffend Durchführung einer Grosskontrolle auf der Baustelle?
4. Wie steht die Regierung zur Forderung betreffend Einführung einer Solidarhaftung für die Auftraggeber?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat die Kontrolltätigkeit der zuständigen Baustellenkontrolle?
6. Wie könnte nach Meinung des Regierungsrates die Kontrolltätigkeit der Basko und der Paritätischen Kommissionen besser eingefordert werden? Respektive: Ist der Regierungsrat bereit, eine bessere Lösung zu erarbeiten?

Dominique König-Lüdin

c) Interpellation Nr. 120 betreffend Massnahmen zur Verbesserung der Zustände auf Baustellen des Kantons oder mit kantonaler Beteiligung am Beispiel der Messebaustelle

12.5358.01

Seit Monaten wird unsere Region mit negativen Schlagzeilen wie Unfällen, fehlendem Versicherungsschutz der Arbeitnehmenden, Verstoss gegen Vergabekriterien oder Lohndumping auf der Baustelle der Messe Basel (MCH Group) konfrontiert. In der Zwischenzeit spricht sogar die MCH Group selber von grösseren Problemen beim Bau ihrer neuen Hallen.

Bis heute haben die Mitinhaber-Kantone der MCH Group stets betont, dass ihrerseits kein Handlungsspielraum bestehe, um auf diese Zustände Einfluss zu nehmen. Ebenso wurde festgestellt, dass keine Gesetze oder Verträge bestehen, die eine Regress- oder Eingriffsmöglichkeit der Bauherrin oder der Generalunternehmung (GU) HRS Real Estate vorsehen. Das heisst, dass die fehlbaren Unternehmen nicht über den Werkvertrag belangt werden können. Weder die Bauherrin noch die Generalunternehmung HRS Real Estate haben bis jetzt echte Bereitschaft erkennen lassen, die unhaltbaren Zustände zu beheben. Im Gegenteil sieht es so aus, als versuchten alle Beteiligten, ihre Hände in Unschuld zu waschen und verfolgten einzig das Ziel, den Zeitplan einzuhalten - koste es, was es wolle.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, im Rahmen seiner Verantwortung als Vertretung der Mitbesitzer und Mitglied des Verwaltungsrats der MCH Group darauf hinzuwirken, dass die Messe- und Bauleitung umgehend Vorkehrungen trifft, damit solche Vorkommnisse in Zukunft ausgeschlossen werden können?
2. Wie kann dafür gesorgt werden, dass der Generalunternehmer HRS Real Estate vollumfänglich für die bestehenden Verletzungen von Gesetzen, Gesamtarbeitsverträgen und Versicherungsfällen, die Arbeitnehmende der Baustelle MCH Group betreffen, in die Verantwortung genommen wird?
3. Ist der Regierungsrat bereit, dafür zu sorgen, dass für die zu erwartenden Lohnausstände, Konventionalstrafen, Bussen und Versicherungsfälle ein angemessener Rückbehalt von der vereinbarten Auftragssumme vorgenommen wird?
4. Sieht der Regierungsrat eine Möglichkeit, dass den von Lohnausständen betroffenen Mitarbeitenden rasch und unbürokratisch Hilfe geleistet werden kann?
5. Ist der Regierungsrat bereit, die soeben von den Räten beschlossene Solidarhaftung ab sofort für die Messebaustelle einzuführen, so dass die MCH Group solidarisch für alle Ausstände und nicht erbrachten gesetzlichen Leistungen zu haften hat, die Mitarbeitende auf der Baustelle MCH Group betreffen?
6. Was hält der Regierungsrat grundsätzlich von der soeben beschlossenen Solidarhaftung?

Heidi Mück

d) Interpellation Nr. 121 betreffend Sicherheit in Uni-Hörsälen

12.5379.01

Um die Sicherheit für Besucher gewährleisten zu können, muss jede Diskothek und jedes öffentlich zugängliche Eventveranstaltungslokal sich an die feuerpolizeilichen Auflagen halten. Bei Nichteinhaltung dieser müssen sie mit Konsequenzen und Bussen rechnen. Wie steht es um die allgemeine Sicherheit an der Uni Basel?

Es fällt auf, dass seit geraumer Zeit die Hörsäle der Uni Basel masslos überfüllt sind. Es hat zu wenige Sitzplätze, so dass ein Teil der Studierenden sitzend auf Treppen oder stehend in den Gängen an den Vorlesungen teilnehmen müssen.

Die dadurch zusätzlich produzierte Unordnung von abgelegten Gepäck- und Schreibutensilien erschweren zudem

den Zu- und Weggang zu den Sitzreihen.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen, aus Sicht der beschriebenen Situation:

- Ist die Sicherheit bei einem Brandausbruch gewährleistet?
- Können die Sicherheitskräfte bei einer panikartigen Situation eingreifen?
- Ist eine geordnete Evakuierung aller Personen noch möglich?
- Wenn feuerpolizeiliche Auflagen bestehen, werden diese eingehalten?

Toni Casagrande

e) Interpellation Nr. 122 betreffend Austausch 4 Jahre alter Küchengeräte in den 156 Wohnungen im Bäumlhof

13.5001.01

Auf meine ähnliche Interpellation und Beantwortung vom 6. November 2012 meiner 10 Fragen war ich nur mit einem Punkt zufrieden. Ich zitiere: man hätte auf rein ökologischem Grund noch ein paar Jahre warten können. Nein, aber es wurde 1 Million in diese neuen Geräte (wie Kühlschränke, Backöfen, Geschirrspüler, etc.) investiert. Was finanziell und auch eben ökologisch keinen Sinn gemacht hat. Geschweige von dieser Million Ausgaben für nichts.

Aus diesem Grund habe ich mich schlauer gemacht und stelle nun weitere Fragen zu diesem Thema.

Ich frage den Regierungsrat deshalb erneut an:

1. Graue Energie nicht berechnet.
Was Immobilien Basel-Stadt und das AUE nicht berechnet haben; damit ist die Energie der Herstellung der neuen Geräte, der Transport und der Einbau nicht berechnet worden, es ist fraglich ob sich dies auf eine Betriebsdauer von 15 Jahren rentieren wird!
2. Der Backofen: Das ausgetauschte Gerät verbraucht in 46 Minuten 0,79 Kilowattstunden Strom. Der neue Backofen in 44 Minuten 0,75 Kilowattstunden. Damit liegen sie gleich auf. Gar kein Sparpotential gebracht hat der Austausch des Backofens. Wie erklären sie dies?
3. Die 1'600 anderen Wohnungen werden auch neue Geräte der V- Zug erhalten. Was kostet dies? Erhielt keine Antwort auf diese Frage!
4. In Ihrer Antwort schreiben Sie, dass eine Firma aus der Region "zum Zuge" gekommen ist... ist Zug aus der Region?
5. Auf meine Frage: wer den Auftrag und die "Rabatte" ausgehandelt hat, bekam ich ebenfalls keine Antwort. Das Parlament möchte es aber wissen.
6. Was geschieht mit den 4 Jahre alten Geräten? Ich weiss es; an die Bauteilbörse: Was erhält der Staat noch zurück für praktisch neue Geräte? Bitte in Franken angeben.
7. Diese Geräte wurden aus den Mieterträgen bezahlt. Ergo sinken die Erträge enorm. Um wie viel?
8. Wie viel kosteten diese Geräte vor 4 Jahren. Bitte Zahlen bekannt geben.
9. Laut Herr Jürgen Nipkow, Ingenieur bei der Arbeitsgemeinschaft Energie-Alternative in Zürich, lässt sich dieser frühzeitige Ersatz oder Austausch nicht rechtfertigen. Wie stellen sie sich dazu?

Roland Vögli

f) Interpellation Nr. 123 betreffend Angebotsabbau auf der Buslinie 31 zum Friedhof Hörnli

13.5002.01

Gemäss neuem Buslinienkonzept Wettstein/Riehen (vg. UVEK-Bericht zum Budget) soll das Angebot der Buslinie 31 zum Friedhof Hörnli in einem weiteren Schritt definitiv von einem 7.5-Minuten auf einen 15-Minuten-Takt abgebaut werden. Weiter ist geplant, die Haltestelle Habermatten mit den Buslinien 31 und 34 nicht mehr anzufahren. Die Buslinien 31 und die Kurse der Buslinie 34, die nicht am Riehener Bahnhof wenden, sollen über das Hörnli miteinander verknüpft werden.

Von Montag bis Samstag sollen künftig die kommunalen Kleinbuslinien 35/45 die Strecke Habermatten-Hörnli Friedhof bedienen. Statt 10 Kurse werden künftig untertags noch 4 Buskurse pro Stunde die Haltestelle Habermatten anfahren.

Es macht sicher Sinn, das Angebot der BVB von Zeit zu Zeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu optimieren. Auffällig ist jedoch, dass die Transportleistungen der BVB zwischen Basel und Riehen in den letzten Jahren kontinuierlich abgebaut werden (Verzicht auf Tramkurse der Linie 2 in den Abendstunden, Ausdünnung der Tramkurse der Linie 2 in den Morgenstunden, Ausdünnung des Fahrplanangebots auf der Buslinie 31).

Es fragt sich, wie unter diesen Umständen, das Ziel des Regierungsrats und des Gemeinderats Riehen, wonach eine anteilmässige Steigerung des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr erreicht werden soll (Gegenvorschlag Städte-Initiative), erreicht werden kann.

Der Unterzeichnende bittet in diesem Zusammenhang den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Mit welchen Massnahmen gedenkt der Regierungsrat sein Ziel, die Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (im Bereich Basel - Riehen) zu erreichen? Ist als Gegenleistung für den Abbau auf der Linie 31 der Ausbau anderer ÖV-Verbindungen zwischen Basel und Riehen vorgesehen (Taktverdichtung S6, Verlängerung der Tramlinie 2 nach Riehen Dorf zu den Abendspitzen)?
2. Um die Verbindungen Habermatten - Friedhof Hörnli weiter zu gewährleisten, wird erwartet, dass die Gemeinde Riehen ihre kommunale Buslinien 35/45 verlängert und über die Station Friedhof Hörnli fahren lässt. Liegt die Zusage der Gemeinde Riehen für diese Buslinienerweiterung vor? Werden die zusätzlichen Kosten vom Kanton übernommen? Wie wird die Strecke Habermatten - Friedhof Hörnli künftig an Sonn- und Feiertagen bedient? Wer übernimmt die Finanzierung dieses bis heute nicht existierenden Kleinbusbetriebs?
3. Künftig sollen zwei Buslinien 31 und 34 je im 15-Minutentakt zum Friedhof Hörnli fahren. Kann gewährleistet werden, dass somit z.B. ab Claraplatz in Abständen von 7.5-Minuten je ein Bus zum Friedhof Hörnli fährt oder riskieren die ÖV-Benutzenden, dass sie 15-Minuten warten müssen und dann die Auswahl zwischen zwei gleichzeitig in Richtung Hörnli abfahrende Kurse haben?
4. Welche gegenüber heute zusätzlichen Massnahmen (die dynamische Fahrgastinformation reicht nicht!) sind geplant, damit die ÖV-Nutzenden beim geplanten Busbetrieb z.B. an der Station Otto-Wenk-Platz sofort erkennen können, welche der drei an verschiedenen Stationen haltenden Buslinien in Richtung Basel, als erste kommt, ohne rund um den Platz zu laufen und dabei mehrere Strassen überqueren zu müssen? Wie können die Friedhofbesuchenden künftig beim Hörnli erkennen, welcher Bus sie als erster wieder in Richtung Basel bringt, ohne mehrmals die Strasse queren zu müssen? Wie erfährt eine Nutzerin der Buslinie 36, ob sie künftig sinnvollerweise an der Haltestelle Solitude oder Wettsteinallee in einen Bus zum Friedhof Hörnli umsteigen soll?
5. Werden die Gemeinde Riehen und der betroffene Quartierverein Riehen Niederholz zum geplanten neuen Buskonzept noch angehört? Wann und in welcher Form erfolgt diese Anhörung? Falls die Anhörung bereits erfolgt ist, was hat sie ergeben?

Roland Engeler-Ohnemus

g) Interpellation Nr. 124 betreffend dem BVB-Anzeigen-Debakel

13.5003.01

Seit August 2012 sind die Anzeigetafeln auf dem Netz der BVB nicht mehr richtig funktionsfähig. Dies ist für viele Reisende, aber auch für Einheimische ein grosses Ärgernis.

Leider ist insbesondere auch die diesbezügliche Informationspolitik der eigentlich gut dotierten BVB-Kommunikationsstelle unzureichend und ärgerlich. Die gelben Ausfall-Hinweisschilder hingen vor der eigentlichen Umstellung und waren bei der Umstellung bereits abmontiert. Die BVB teilte zu Beginn mit, dass die Umstellung ca. zwei Wochen dauern wird. Zwischenzeitlich sind 5 Monate vergangen, eine Besserung ist jedoch nicht in Sicht – noch immer fallen regelmässig die gleichen Anzeigetafeln aus und noch immer werden Busse und Tram falsch angezeigt. Informationen zur Dauer der Störung gibt die BVB keine bekannt. Auch sonst hüllen sich die Verantwortlichen in Schweigen.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat, der Kanton ist Eigentümer der BVB, daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist es richtig, dass die Umstellung auf das neue System ad hoc erfolgen musste, da bei der bestellten Software sonst der Garantieanspruch entfallen wäre?
2. Trifft es zu, dass durch diese ad-hoc-Übung die Leitstelle und das neue System ihre Kompatibilität verloren haben und dies der Hauptgrund für den Ausfall ist?
3. Wer ist für das Anzeigendebakel verantwortlich?
4. Welche (internen) Konsequenzen werden gezogen?
5. Weshalb hat die BVB nicht umfassender die Öffentlichkeit informiert?
6. Bis wann ist die Störung endgültig behoben?
7. Welchen personellen Mehraufwand (Innen- und Aussendienst) ist bisher entstanden?
8. Welchen finanziellen Mehraufwand ergibt sich aufgrund dieser Tatsache für die BVB?
9. Wird der finanzielle Mehraufwand den verantwortlichen Drittfirmen – sofern diese eine Verantwortung tragen – in Rechnung gestellt?
10. Ist es aus Sicht des Regierungsrates sinnvoll, dass die BVB im Bereich der Technik/Elektronik (bspw. Weiterentwicklung des BVB-Apps oder WLAN in allen Bussen und Tram) Geld und Zeit investiert, obschon das eigentlich profane Problem der Störungsbehebung bei den Anzeigetafeln noch immer nicht im Griff ist?

Andreas Ungricht

h) Interpellation Nr. 125 betreffend der EuroAirport baut ein neues Cargo Terminal

13.5004.01

Der EAP baut ein 21'000 m² grosses neues Cargo Terminal, unterteilt in sieben Module mit einer Fläche von 3'000 m². Zusätzlich ist der Bau von 6'000 m² Bürofläche auf zwei Stockwerken sowie ausreichend Stellflächen für Lkw und Pkw vorgesehen. Zwei Parkpositionen für Vollfrachter sind ebenfalls Projektbestandteil. Das neue Cargo Terminal ersetzt die bestehende Anlage und wird im südöstlichen Gebiet des Flughafens angesiedelt sein. Eine wichtige Verbesserung gegenüber der bestehenden Anlage ist die durchgängige Temperaturführung im Inneren des Terminals im Bereich von 15 bis 25 °C. Damit ist die Anlage für die Abfertigung von Produkten der pharmazeutischen Industrie ausgerichtet.

Mit der Investition von über 40 Millionen Euro will der EuroAirport anscheinend auf einen zentralen Geschäftszweig setzen (der allerdings nur wenige Prozente zur Beschäftigung und zur Wertschöpfung am EAP beiträgt). Der EAP ist jedoch bis jetzt kein Frachtflughafen und soll nicht als solcher zusätzlich ausgebaut werden!

In diesem Zusammenhang bitte ich um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie gross war der alte Terminal?
2. Hat die Fracht in letzter Zeit nicht abgenommen?
3. Wie viele Vollfrachter fliegen Basel durchschnittlich pro Woche an?
4. Ist dieser Geschäftszweig wirklich zentral und wird deshalb ausgebaut?
5. Hat man bei den Pharmabetrieben eine Bedarfsabklärung gemacht? Bestehen Zusicherungen oder bereits entsprechende Mietverträge?
6. Trägt sich die Investition für die Frachthalle oder muss sie quersubventioniert werden?
7. Ist es nicht so, dass wenn ausgebaut wird, sich ausser-regionale Firmen ebenfalls dafür interessieren und dies somit eine enorme Zunahme des Flugverkehrs mit sich bringt?
8. Die Bevölkerung rund um den Flughafen leidet unter dem Lärm der riesigen Frachtflugzeuge. Ist sich die Regierung dieser zunehmenden Einbusse von Lebensqualität bewusst?

Christoph Wydler

i) Interpellation Nr. 126 betreffend Ranking Uni Basel - stimmt die Qualität?

13.5005.01

Im Oktober 2012 wurde ein weltweites Ranking aller Universitäten vom britischen Bildungsinstitut QS veröffentlicht. Dabei muss man feststellen, dass die Uni Basel seit 2007 7 Plätze verloren hat, was in Prozenten -7 bedeutet. Das sieht auf den ersten Blick nicht so gravierend aus, aber wenn man im innerschweizerischen Vergleich feststellt, dass sich die anderen Hochschulen zum Teil massiv verbessert haben, muss dies zum Nachdenken anregen. So haben sich die ETH Zürich um 29%, die ETH Lausanne um 88%, Uni Bern um 65%, Uni Genf um 31%, Uni Zürich um 50% und die Uni Lausanne gar um 102% verbessert!

Es gibt verschiedene weltweite Rankings der Hochschulen, aber es zeigt sich überall, dass die Uni Basel Plätze verliert!?

Ich bitte die Regierung höflich um Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat die Basler Regierung von den Verlusten dieser Rankingplätze Kenntnis genommen und wie interpretiert die Regierung dies?
2. Ist die Regierung nicht auch der Meinung, dass offenbar Handlungsbedarf besteht und was gedenkt man zu unternehmen?
3. Bietet die Uni Basel allenfalls zu viele Disziplinen an, wäre eine Spezialisierung eine mögliche Konsequenz um die Qualität zu steigern?
4. Nimmt die Regierung diese Rankings ernst und hat sie einen Qualitätsverlust festgestellt?
5. Welchen Input bekommt die Regierung seitens der Uni Basel zur weltweiten Positionierung unserer Hochschule?

Markus Lehmann

j) Interpellation Nr. 127 zum geplanten Neubau einer Abfallbehandlungsanlage in Grenzach-Wyhlen (D)

13.5006.01

Die deutsche Firma Zimmermann plant in Grenzach-Wyhlen auf dem Gelände der BASF am Rheinufer den Bau einer Anlage zur Behandlung von Sondermüll. Die Anlage soll eine Kapazität von 60'000 m³/a für flüssige und von 80'000 t/a für feste Abfälle umfassen.

Das Abwasser aus der Behandlung der flüssigen Abfälle soll via BASF-Kläranlage in den Rhein eingeleitet werden. Das Einleitrohr befindet sich rechtsrheinisch rund zwei Kilometer oberhalb des Staubeckens des Kraftwerks

Birsfelden. Dort saugen am rechten Rheinufer Pumpen das Rheinwasser an. Es gelangt via Rohrleitungen in das Trinkwassergebiet der Langen Erlen, woher rund 230'000 Menschen aus Stadt und Agglomeration Basel einen Teil ihres Trinkwassers beziehen.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung von folgenden Fragen.

1. Der WWF Region Basel hat gegen die Sondermüllbehandlungsanlage Einsprache erhoben. Hauptkritikpunkt ist, dass die Umweltverträglichkeitsuntersuchung die Frage einer möglichen Beeinträchtigung der Trinkwasserfassung nicht betrachtet. (Roth und Partner GmbH/Zimmermann Gruppe: Abfallbehandlungsanlage Grenzach, Umweltverträglichkeitsuntersuchung S. 38 - 45) Entsprechend fehlen diesbezüglich auch Aussagen für den Störfall bei der Sondermüllanlage resp. der älteren Kläranlage. Teilt die Regierung die Auffassung, dass das Gesuch aufgrund dieser Unterlassung abzulehnen sei? Welche Möglichkeiten der Einflussnahme besitzt der Kanton bezüglich der Anlage auf deutschem Hoheitsgebiet?
2. Bei einer Wasserverschmutzung des Rheins muss die Trinkwasserfassung sofort abgestellt werden. Wäre dies angesichts der Nähe zeitlich möglich? Welche Folgen könnte die Einpumpung von verschmutztem Rheinwasser haben? Welche Haltung vertreten dazu die IWB?
3. Das Spektrum der flüssigen Abfälle, die die geplante Abfallbehandlungsanlage entgegen nehmen darf, ist breit. Welche Beeinträchtigung des Rheins und des Trinkwassers kann bei Normalbetrieb angenommen werden?
4. In der Region ist ein Trend zur Stilllegung von Produktionskapazitäten der chemischen Industrie zu beobachten. Ist in der Region der Bedarf für eine solche Anlage gegeben? Besteht die Gefahr, dass der Sondermüll über weite Strecken mit Lastwagen antransportiert wird?
5. Kann die Abfallbehandlungsanlage und damit eine bessere Auslastung der älteren Kläranlage, die auf einer Altlastenfläche liegt, dazu führen, dass BASF ihr Areal nicht sanieren muss, wie dies Roche gleich nebenan mit ihrem Abschnitt der alten Chemiemülldeponie vorbildlich tun will?
6. Wie beurteilt die Regierung den Anlagestandort inmitten der Grossagglomeration Basel aus raumplanerischen und städtebaulichen Überlegungen?

Eveline Rommerskirchen

Schriftliche Anfragen

a) Schriftliche Anfrage betreffend Konsum von Energy-Drinks

13.5011.01

Kids im Koffeinrausch, zunehmend werden Kinder von Koffein abhängig. (NZZ vom 16.12.12)

Nach ungeklärten Todesfällen im Zusammenhang mit Energy-Drinks in den USA besteht der Verdacht, dass diese gesundheitsschädlich seien. Auch aus Deutschland sind viele Fälle unerwünschter Wirkungen auf das Herz-Kreislauf System nach dem übermässigen Konsum von Energy Drinks bekannt. Die Fachleute warnen, dass der Konsum dieser Getränke süchtig machen und unter bestimmten Umständen gefährlich werden kann. Einige Länder haben bereits Konsequenzen gezogen. Z.B. in Dänemark und Uruguay ist der Verkauf von Energy-Drinks verboten, in Norwegen dürfen Energy-Drinks nur in Apotheken verkauft werden, in Schweden nur an Jugendliche ab 15 Jahren.

Bei den so genannten Energy-Drinks handelt es sich um einen neuartigen Typ koffein- und taurinhaltiger Lebensmittel, die in flüssiger Form angeboten werden und damit werben, die Konzentration und Leistungsfähigkeit oder die sportliche Leistung zu steigern. Der Stoff wirkt wie das Stresshormon Adrenalin. Sie erhöhen Puls und Blutdruck.

Diese Getränke haben etwa dreimal so viel wie Cola-Koffeingehalt und enthalten andere Inhaltsstoffe wie Taurin, bei denen negative Wechselwirkungen nicht sicher ausgeschlossen werden können. Laut den Wissenschaftlern können "die teilweise giftigen Eigenschaften der Zutaten für diese Kinder und Jugendlichen langfristige gesundheitliche Schäden verursachen". Vor allem für Kinder, die an Diabetes, Epilepsie, Verhaltensstörungen oder Herzfehlern leiden, sind Energy-Drinks gefährlich. Das hat eine Studie der Universität Miami ergeben. "Health Effects of Energy Drinks on Children, Adolescents, and Young Adults" (Sara M. Seifert, Judith L. Schaechter, Eugene R. Hershonin, Steven E. Lipshultz, 2011). Eine weitere Studie in Detroit/USA hat nachgewiesen, dass Energy-Drinks, vor allem in Zusammenhang mit Alkohol, auch Herz-Rhythmus-Störungen auslösen, auch bei Erwachsenen. In einer anderen US-Studie an knapp 500 College-Studenten berichten 22 Prozent davon, dass sie durch den Konsum der Energy-Drinks Kopfschmerzen bekämen, 19 Prozent erzählten von kräftigem Herzpochen. So kann eine Überdosierung an Energy-Drinks sogar zu Krampf- oder Schlaganfällen bis hin zum plötzlichen Tod bei Kindern und Jugendlichen führen. Das liegt daran, dass die stimulierenden Inhaltsstoffe wie Koffein, Taurin oder Guarana in hoher Dosierung nicht für Kinder und Jugendliche geeignet sind.

Ich bitte den Regierungsrat die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die Gefahr des Konsums von Energy Drinks durch Kinder und Jugendliche ein?

2. Wie schätzt der Regierungsrat die Schädigung und das Suchtpotential von Energy Drinks ein?
3. Welche gesundheitlichen Schädigungen vom Konsum von Energy Drinks sind schon bekannt?
4. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die Energy Drinks aufgrund ihrer Inhaltsstoffe für Kinder und Jugendliche geeignet sind?
5. Welche präventiven Massnahmen finden bereits statt, um auf die Gefahren solcher Drinks aufmerksam zu machen?
6. Falls keine präventiven Massnahmen stattfinden, sind solche im Kanton Basel-Stadt geplant?
7. Werden die Energy Drinks auch an den Schulkiosks verkauft?
8. Wie steht der Regierungsrat zu einem allfälligen Verkaufsverbot solcher Drinks an Kinder und Jugendlichen unter 16 Jahren?

Atilla Toptas

b) Schriftliche Anfrage betreffend Priorität der Buslinien 80/81 am Aeschenplatz

13.5012.01

Die Buslinien 80 und 81 fahren von Birsfelden her auf der Autofahrbahn durch die St. Alban-Anlage zum Aeschenplatz. Am Ende der St. Alban-Anlage, bei der Einfahrt auf den Aeschenplatz, ist die Fahrspur vortrittsbelastet. Dies hat zu Folge, dass der Bus in der Autokolonne stecken bleibt. Durch die Verspätungen verpassen die Buspassagiere am Aeschenplatz die Tramanschlüsse und am Bahnhof SBB die Züge. Ich bitte die Regierung zu prüfen und zu berichten, wie Behinderungen auf den Buslinien 80/81 eliminiert werden können.

Als Lösungen wären denkbar,

- dass der Bus in der St. Alban-Anlage bei der Zufahrt zum Aeschenplatz die rechte Spur für Rechtsabbieger und Velos benützen kann. Dies funktioniert bereits auf der Johanniterbrücke, nach dem Birsigviadukt für den 50-er Bus Richtung Bahnhof SBB oder am Dorenbachkreisel.
- Denkbar wäre auch eine Führung der Busse auf dem Tramtrasse vom St. Alban-Tor bis zur Einfahrt Aeschenplatz.

Jörg Vitelli

c) Schriftliche Anfrage betreffend vollkommener Abbau der Zuweisungen betroffener Kinder an die Gehörlosen- und Sprachheilschule Riehen (GSR) durch das ED

13.5010.01

Die Fragestellerin hatte in der Budgetdebatte im Dezember 2012 noch versucht, vom Departementsleiter des ED zu erfahren, wie sich die Regierung zum Wegzug der Gehörlosen- und Sprachheilschule Riehen (GSR) resp. zum negativen Volksentscheid in Arlesheim zum neuen Standort, vor allem auch finanziell, stellt resp. das Angebot für unsere Kinder sichert. Leider ist der Vorsteher nicht auf die Frage eingegangen.

Nun wurde bekannt, dass Basel-Stadt den Leitungsauftrag mit der GSR per 31.7.2015 gekündet hat, d.h. dass die baselstädtischen Zuweisungen auf Sommer 2015 vollständig gestrichen werden und die Kinder dann in die Regelschulen überführt werden müssen.

So möchte ich die Regierung bitten, mir folgende Fragen zu beantworten:

1. Die Kinder die bisher das GSR Angebot nutzen durften, haben grosse, meist multiple kommunikative Einschränkungen. Sie wurden aus diesem Grunde wohl auch vom ED bisher an die GSR zugewiesen. Deshalb stellt sich nun die Frage nach der zukünftigen Betreuung und Förderung dieser Kinder in der Regelschule. Welche Fachpersonen werden sich nachher mit wie vielen Stunden pro Kind und Woche um diese Kinder kümmern? Wie wird gewährleistet, dass die Kinder in der gleichen Qualität und Intensität gefördert werden?
2. Welche pädagogischen Überlegungen sprechen für diesen Entscheid? Falls nur rechtliche oder finanzielle Gründe dafür sprechen, könnte die Regierung auch pädagogisch dazu Stellung nehmen?
3. Mit dieser Massnahme werden Hilfs-Angebote für Kinder mit Behinderungen radikal abgebaut, ohne dass die Schulen evt. genau voraussagen können, welche Auswirkung dies haben wird. Werden diese Massnahme in irgendeiner Form fachlich begleitet resp. gibt es Vorevaluationen oder Erfahrungen aus anderen Kantonen? Wenn ja, welche? Gibt es Möglichkeiten, diesen Entscheid wieder rückgängig zu machen?
4. Wie werden die betroffenen Eltern miteinbezogen, wie werden sie unterstützt, auch beispielsweise wenn die Situation ihrer Kinder in den Regelklassen sich negativ für diese Kinder auswirken? Was gibt es für schulische Angebote innerhalb des Kantons, für Kinder die nicht in der Regelschule gefördert werden?
5. Gibt es einen Sozialplan für die GSR? Ist die Regierung bereit, die GSR in dieser Hinsicht zu unterstützen?

Brigitta Gerber